

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

01. Februar – 07. Februar 2025

Die französische Nationalversammlung hat am Mittwoch, dem 5. Februar, den von der Regierung Bayrou gemäß Artikel 49.3 der Verfassung vorgelegten Haushalt verabschiedet. Artikel 49.3 sieht vor, dass der Premierminister nach Beratung im Ministerrat die Verantwortung der Regierung vor der Nationalversammlung für die Abstimmung über einen Gesetzentwurf zum Haushalt oder zur Finanzierung der Sozialversicherung übernehmen kann. Der verabschiedete Haushaltsgesetzentwurf wurde am Donnerstag, dem 6. Februar auch vom Senat angenommen und muss nun noch vom Verfassungsrat bestätigt werden. Zwei Maßnahmen werden dabei besonders kritisch untersucht: Die Sondersteuer für hohe Einkommen und die Besteuerung der Gewinne großer Unternehmen. Diese beiden Steuern, die zusammen € 10 Milliarden einbringen sollen, scheinen rechtlich fragil zu sein. Sie werden im neuen Jahr eingeführt und sollen nur temporär sein. Ziel des Haushalts ist es, das Haushaltsdefizit bis 2025 auf 5,4 % des BIP zu senken. Inwieweit dies realisierbar ist, bleibt fraglich: Das Haushaltsgesetz geht z.B. von einem Wachstum von 0,9 % im Jahr 2025 aus was als sehr optimistisch eingeschätzt wird.

Die beiden Misstrauensanträge der linkspopulistischen *La France Insoumise* gegen die Regierung Bayrou sind gescheitert. Ausschlaggebend dafür war unter anderem, dass diesmal große Teile der Sozialistischen Partei und des *Rassemblement National* dem Misstrauensantrag der Linkspopulisten, Grünen und Kommunisten nicht zustimmten, wie dies noch bei der Regierung Barnier der Fall war. Am Ende stimmten nur 128 Abgeordnete, darunter sechs Sozialisten, für das Misstrauensvotum. Um die Regierung zu stürzen, wären 289 Stimmen notwendig gewesen. Sowohl die Sozialistische Partei als auch das *Rassemblement National* begründeten ihre Entscheidung, die Regierung nicht zu stürzen, mit der Notwendigkeit der Stabilität des Landes. Es wurde jedoch ein weiterer Misstrauensantrag, über den nächste Woche abgestimmt wird, von der Sozialistischen Partei eingereicht. Die Partei wirft François Bayrou vor, den Begriff „Überflutung“ durch Migration verwendet zu haben - ein Begriff aus dem Register der extremen Rechten. Es wird auch hier davon ausgegangen, dass das Misstrauensvotum scheitert.

Die französische Nationalversammlung hat den Gesetzesvorschlag zur Einschränkung des Bodenrechts in Mayotte verabschiedet. Der Gesetzentwurf wurde von der konservativen Fraktion *Droite Républicaine* eingebracht, die mehrheitlich aus Mitgliedern der Partei *Les Républicains (LR)* besteht. Seit dem Asyl- und Einwanderungsgesetz von 2018 können auf Mayotte geborene Kinder nur dann die französische Staatsbürgerschaft erhalten, wenn ein Elternteil einen mindestens dreimonatigen Aufenthalt im Land nachweisen kann. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf wird diese Bedingung auf beide Elternteile ausgeweitet und die Aufenthaltsdauer auf drei Jahre verlängert. Ursprünglich sah der Gesetzentwurf nur eine Frist von einem Jahr vor, aber die *Union des Droites Pour la République (UDR)*-Fraktion von Éric Ciotti, dem ehemaligen Parteivorsitzenden von *LR* der sich vergangenen Sommer mit dem *Rassemblement National* verbündet ist, hat diese Frist verdreifacht. Ihre Abgeordneten brachten einen Änderungsantrag ein, der überraschend angenommen wurde, da sich etwa 20 Abgeordnete bei der Abstimmung geirrt hatten. Der *LR*-Abgeordnete Philippe Gosselin, der den Text mit unterstützt hatte, kritisierte „eine sehr schlechte Entscheidung“, da sie diese Maßnahme der Zensur durch den Verfassungsrat aussetze. Justizminister Gérald Darmanin versprach, die Entscheidung im Senat zu korrigieren.

Am 6. Februar 2025 lieferte Frankreich entsprechend der Ankündigung von Präsident Emmanuel Macron im Juni 2024 die ersten „Mirage 2000-5“-Kampfflugzeuge an die Ukraine. Diese Kampfflugzeuge sollen die Luftverteidigungskapazitäten der Ukraine im Kampf gegen die russischen Streitkräfte stärken. Ukrainische Piloten wurden in Frankreich ausgebildet, um diese fortschrittliche Technologie zu beherrschen. Diese Lieferung markiert eine neue Etappe westlicher Militärhilfe für die Ukraine, die von Russland scharf kritisiert wurde und die geopolitischen Spannungen in der Region weiter verschärft.

Am 10. und 11. Februar in der nächsten Woche findet in Paris der AI-Gipfel statt. Medienberichten zufolge wird Frankreich auf dem dritten globalen KI-Gipfel versuchen, Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft zu einer Reihe von Verpflichtungen in Bezug auf KI-Governance, die Rolle der Technologie am Arbeitsplatz, die Nutzung der Technologie für das Gemeinwohl, Innovation und Kultur sowie Vertrauen zu bewegen. Neben dem

französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron werden der amerikanische Vizepräsident JD Vance, der indische Premierminister Narendra Modi und Ding Xuexiang, der erste stellvertretende Premierminister des Staatsrats der Volksrepublik China, erwartet.

Sieben Monate nach den Parlamentswahlen, bei denen die Zahl ihrer Abgeordneten von 61 auf 47 sank, trafen sich die Spitzen von Les Républicains am 5. Februar, um offiziell die „Neugründung“ der Partei einzuleiten – zwei Jahre vor der nächsten Präsidentschaftswahl. Unter der Leitung von Laurent Wauquiez, dem Fraktionsvorsitzenden der Républicains in der Nationalversammlung, diskutierte die Parteispitze über die Positionierung der Partei zwischen der Präsidentenpartei Renaissance und der im Juni neu formierten rechtskonservativen UDR von Eric Ciotti sowie dem rechtspopulistischen Rassemblement National. „Die Neugründung soll ein Signal für eine rechte Partei sein, die sich neu aufbaut und aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat“, betonte Wauquiez. Der Wiederaufbau soll sich laut Wauquiez an der „DNA der Républicains“ mit den Schwerpunkten „Autorität“ und „Arbeit“ orientieren.

Marie Barsacq, die französische Sportministerin, initiierte und unterstützte bewusst die Veröffentlichung eines von 425 Sportlern unterzeichneten Meinungsartikels, der zur Rettung des Sportbudgets beitrug. Am 21. Januar veröffentlichten mehrere Sportler, darunter Olympiasieger wie Teddy Riner und Léon Marchand, einen Meinungsartikel in der Sportzeitung *L'Équipe*, der die geplanten Kürzungen des Sporthaushalts kritisierte. Wie sich am 6. Februar 2025 herausstellte, stand hinter dieser Initiative die Sportministerin Marie Barsacq. Als Ministerin verteidigte sie zwar öffentlich den Haushalt, jedoch konnte sie ihre Ablehnung der Kürzungen in Höhe von etwa € 100 Millionen nicht verbergen. So leitete sie die Mobilisierung diskret ein, indem sie die Nationale Sportagentur auf die geplanten Haushaltskürzungen aufmerksam machte. Emmanuel Macron, der laut Angaben der Informationsplattform *franceinfo* im Vorfeld über diese Initiative informiert war, unterstützte die Sportler am Tag nach der Veröffentlichung des Meinungsartikels in *L'Équipe* öffentlich. Die zusätzlichen Kürzungen von € 34 Millionen wurden daraufhin gestrichen, sodass das endgültige Budget nun sogar € 80 Millionen zusätzlich vorsieht, finanziert durch einen Teil der Steuer auf Sportwetten.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der Bürgermeister von Grenoble, **Eric Piolle** (EELV- Die Grünen), schlägt vor, anonyme Drogentests für Abgeordnete, Senatoren und Minister einzuführen. Er erklärte, dass diese Maßnahme helfen sollte, den Drogenhandel anders als nur mit repressiven Maßnahmen zu bekämpfen. Piolle schlägt vor, Haar-, Speichel- und Urintests anonym durchzuführen, um mögliche Drogenspuren bei Politikern nachzuweisen. Er verweist auf einen parlamentarischen Bericht vom Januar, der feststellt, dass Drogenkonsum im politischen Umfeld nicht nur zu Freizeit Zwecken, sondern auch zur Stressbewältigung und Leistungssteigerung genutzt wird.



DIE ZAHL DER WOCHE

350.000

Die Stiftung für benachteiligte Wohnungsuchende hat in ihrem Jahresbericht Zahlen zur Wohnungsnot veröffentlicht. Laut dem Bericht liegt die Zahl der Obdachlosen in Frankreich bei **350.000**. Zwischen 2012 und 2025 hat sich diese Zahl damit mehr als verdoppelt. Die Stiftung definiert „ohne festen Wohnsitz“ als Personen, die in der Nacht zuvor entweder in einer Notunterkunft übernachtet haben oder an einem Ort schliefen, der nicht zum Wohnen vorgesehen ist. Ende 2023 lebten etwa 203.000 Menschen in Notunterkünften oder allgemeinen Integrationszentren und etwa 130.000 in Einrichtungen für Asylsuchende oder Flüchtlinge.